

Parteiensystem, Wertwandel und neue Marginalität

Greven, Michael Th.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Greven, M. T. (1979). Parteiensystem, Wertwandel und neue Marginalität. In J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages in Berlin 1979* (S. 574-590). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-136590>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Michael Th. Greven

Parteiensystem, Wertwandel und neue Marginalität

Die "Legitimationskrise" der Demokratien in den kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften ist auch eine Krise der Parteiensysteme (Dittberner/Ebbinghausen, 1973). Diese nehmen einen Teil der Funktionen, die historisch ihre Existenzberechtigung in diesen Gesellschaften ausgemacht haben, nur noch ungenügend wahr. (Pamper, 1977). Ein Teil der Gesellschaft, darunter wesentliche Anteile von soziologisch so schwer bestimmbar Gruppen und Schichten wie "Jugend" und "Intelligenz, perzipiert diesen Funktionsverlust sogar als totalen. Dies geschieht allerdings oft auf der Basis einer bloß wertenden oder ideologischen Funktionshypothese, nach der die Parteien wesentlich dazu da sein sollen, als 'plebiszitäre Surrogate der Volkssouveränität' (Leibholz, 1975) zu fungieren. Gegenüber dieser idealistischen Funktionsbestimmung erweist sich die erfahrbare Praxis des 'Machtkartells der Volksparteien' (Narr, 1977a) als ernüchternd. Verstärkend treten Prozesse der politischen und rechtlichen Stigmatisierung hinzu, durch die das politische Establishment, wie im Beispiel der 'Radikalen-Erlaß'-Praxis und seiner weitgehenden gesellschaftlichen Nebenfolgen sichtbar, bestimmte Personengruppen politisch-rechtlich ausbürgert (Narr, 1977b) und bei einem wesentlich größeren Teil ein politisch-moralisches Gefühl der (Mit-) Betroffenheit hervorruft. Hinzu kommen schließlich Veränderungen der Reproduktions- und Lebenschancen (M. Weber) für diese Gruppen, die durch die Veränderungen der Akkumulationsbedingungen sowie die Umstrukturierung der Berufsstruktur und des Arbeitsmarktes verursacht sind, auf die aber bei nicht unbedeutenden Teilen der Betroffenen - zum Teil ohne daß diese Zusammenhänge subjektiv gewußt werden - mit einer autonomen und aktiven Veränderung des Reproduktions- und Lebensstils reagiert wird; einer tiefgreifenden Umstrukturierung der Wertmaßstäbe und Interessen, die da, wo sie zu dauerhafteren Institutionalisierungen und Querverbindungen zwischen Einzelgruppen und unterschiedlichen Sektoren führt, eine subgesellschaftliche Form annimmt. Mit Schwendter (1973, S. 9 ff.) verwende ich hier also einen Begriff von Subkultur, der über die spezifische Verengung eines "deutschen" Kulturbegriffes hinausweist, sich nicht auf Kunst und Wissenschaft, auf Schöngestig-Überbauliches verengen läßt. Gemeint ist "Kultur als Resultat des Sozialisationsprozesses... . Somit ist Subkultur ein Teil einer konkreten Gesellschaft, der sich in seinen Institutionen, Bräuchen, Werkzeugen, Normen, Wertordnungssystemen, Präferenzen, Bedürfnissen usw. in einem wesentlichen Ausmaß von den herrschenden Institutionen etc. der jeweiligen Gesamtgesellschaft unterscheidet". Diese Definition von Schwendter, die der von Hollstein (1970) nachempfunden ist, spricht den zentralen Aspekt von Subkulturen ungenügend an, nämlich ihre Desintegration vom herrschenden System der materiellen Produktion und Reproduktion der jeweiligen Gesellschaft. Subkulturen entstehen tendenziell dann, wenn sich gesellschaftliche Gruppen aus der herrschenden Produktions- und Leistungsweise abkoppeln, sich gar nicht oder nur sporadisch dem Verkauf ihrer Arbeitskraft unterwerfen, gruppenmäßig ihre eigene Reproduktion auf neuer Grundlage organisieren. Die Marginalität dieser gesellschaftlichen Gruppen verdankt sich also einem sich wechselseitig verstärkendem Ursachenzusammenhang, in dem

- perzipierte Funktionsveränderungen des politischen Systems (besonders der Parteien)

- die Veränderung der materiellen Reproduktions- und Lebenschance besonderer gesellschaftlicher Gruppen und Schichten
- eine aktive und autonome soziale Bewegung mit starken unkonventionellen Werten und Interessen
- Reaktionsweisen des (partei-) politischen Establiments

kumulieren.

Diese These soll im Folgenden begründet und veranschaulicht werden.

x x y

Die traditionelle Parteienforschung und Parteientheorie arbeitet mit einer Funktionshypothese, deren scientistische Aufbereitung nicht über die Common-Sense-Basis sowie die weitgehende Übereinstimmung ihrer Auffassungen mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Bewußtsein hinwegtäuschen kann. Nach Daalder (1966, S. 52) "The modern political party...can be described...as the child of the Industrial Revolution". Die Vorstellung ist die einer linearen Umsetzung der durch die kapitalistische Revolutionierung bedingten gesellschaftsstrukturellen Veränderungen, insbesondere auch der Bevölkerungsstruktur, in politischen 'Druck von unten': "There was, doubtlessly, growing pressure from below." (Sartori, 1976, S. 20). Dieser sozialstrukturell bedingte 'Druck' einer gesellschaftlichen Bewegung bekommt damit, gewissermaßen als 'ideologischen Geburtsfehler', in der späteren wissenschaftlichen Aufbereitung zwei Aspekte zugemessen: da der 'Druck' 'von unten' erzeugt wird, soll seine demokratische emanzipative Natur a priori gesetzt sein und da dieser 'Druck von unten' als Entstehungsursache des sich allmählich ausbildenden Parteiensystems verstanden wird, geht in die Versuche, dessen Funktionsbestimmung vorzunehmen, a priori die Vorstellung ein, daß die Vermittlungsleistungen des Parteiensystems - ebenso wie der Wahlen - 'von unten nach oben' gerichtet seien. Letztlich basiert ein Großteil aller sogenannter Parteientheorie auf dem so gewonnenen Basistheorem, die Parteien seien ein Transportmittel, mit dessen Hilfe der Volkswille mehr oder weniger unverfälscht an das jeweilige Machtzentrum herangeschafft wird. "Die Parteien sind das Sprachrohr, deren sich das organisierte Volk bedient, um sich artikuliert zu äußern und Entscheidungen fällen zu können." (Leibholz, 1975, S. 76). Dabei wird die Transportleistung ausdifferenziert betrachtet, je nach dem, ob der Auswahl und Rekrutierung des politischen Führungspersonals (Kaack, 1971, S. 687) oder der "articulation" und "aggregation" sozialer und ökonomischer Interessen (Almond, 1960, S. 33 - 45) mehr Bedeutung zugemessen wird. In dem jüngsten wichtigen Werk dieser Art der traditionellen Parteientheorie heißt es zusammenfassend: "Parties are channels of expression. That is to say, parties belong first and foremost, to the means of representation. They are an instrument, or an agency, for representing the people by expressing their demands... . It is important to keep in mind that this development was largely natural, or unplanned. Parties became means of expression along with the process of democratization of politics." (Sartori, 1976, S. 27).

Auch eine kritische Perspektive der Parteienforschung, die seit Ostrogorski (1902) und Michels (1925) auf die oligarchischen und undemokratischen Binnenstrukturen der Parteien verweisen kann und die im Laufe von achtzig Jahren eine unwiderlegbare Evidenz von der undemokratischen, nichtrepräsentativen und von oben nach unten verlaufenden Willensbildung in den politischen Parteien geschaffen hat, in der jede Durchsetzung basisdemokratischer Absichten

als vielbestaunter Ausnahmefall gilt, hält unbeirrt an dem Vorurteil fest, daß die Willensbildung "eigentlich" 'von unten nach oben' verlaufen müßte, da die "eigentliche" Funktion der Parteien doch die Artikulation des Volkswillens sei. Aber: "One cannot resolve by definitional fiat what political parties ought to do". (Rose, 1976, S.2) Nach den üblichen Beweisregeln der empirischen Sozialforschung darf aber die These von der innerparteilichen Demokratie zu den am besten widerlegten Arbeitshypothesen in der Geschichte der Sozialwissenschaften gerechnet werden. Ihre unangefochtene, andauernde Dominanz in der Erforschung innerparteilicher Prozesse und Strukturen ist nur durch einen ideologischen Konsens zu erklären, der weit über das enge Feld wissenschaftlicher und vorwissenschaftlicher Hypothesen hinausreicht und der letztlich in dem Common-Sense-Theorem über die a priori demokratische Funktion der Parteien begründet liegt. Natürlich kommt es dabei oft auch zu einer unzulässigen Vermischung normativer Aspekte und theoretischer Aussagen. Statt aber kontinuierlich immer wieder mit einer These zu beginnen, die längst als widerlegt gelten darf - die Willensbildung in den Parteien der repräsentativ-parlamentarischen Systeme folgt demokratischen Prinzipien und verläuft 'von unten nach oben', von der Mitgliederbasis zur Parteiführung - wäre es nur konsequent, bei weiteren Untersuchungen davon auszugehen, daß die repräsentativen-parlamentarischen Systeme auf der Basis von Parteien funktionieren, die hierarchisch strukturiert sind, deren Führungsrekrutierung nach den Prinzipien der faktischen Kooptation und deren Willensbildung von der Parteiführung zur Basis verläuft. Diese Arbeitshypothese darf durch die empirische Forschung als hinlänglich belegt und illustriert gelten; einzelne widersprechende Fälle funktionierender innerparteilicher Demokratie bedürften der Erklärung als Ausnahme, d.h., es müßte gezeigt werden können, unter welchen abweichenden Bedingungen innerparteiliche Demokratie funktioniert und welchen Effekt sie auf die Funktionsausübung der Parteien und des Parteiensystems hat, wenn sie regelmäßiger auftritt oder auftreten würde (siehe ausführlich zur Empirie und Theorie innerparteilicher Demokratie: Greven, 1977, S. 265 - 300)

Thesenhaft kann man also sagen: die Parteientheorie und -forschung arbeitet ganz überwiegend mit einer - unausgesprochenen - These, nach der die Parteien aufgrund ihrer historischen Entstehung a priori demokratische emanzipative Mittel des politischen Prozesses seien und nach der ihre innerorganisatorische Struktur "eigentlich" der Aufgabe der 'Artikulation des Volkswillens' angemessen strukturiert sein müßte. Eine Analyse der aktuellen Funktionswahrnehmung widerspricht dieser These aber ebenso wie die Rekonstruktion der Entstehung der Parteien und Parteiensysteme im 19. und teilweise auch schon im 18. Jahrhundert (s. Namier, 1952).

Was die These über den demokratischen Druck 'von unten' als wesentliche Entstehungsursache anbelangt, so ist sie richtig, soweit damit ein wichtiger Aspekt der Ausbildung des Parteiensystems bezeichnet ist, der insbesondere für bestimmte Parteien gilt. Duverger (1959, S. 1 - 15) hat schon sehr früh auf die Unterscheidung zwischen "internen" und "externen" Parteibildungen bzw. zur Parteibildung führenden Faktoren hingewiesen, sowie darauf, daß insbesondere die sozialistischen und die katholischen Parteien "extern" entstanden. Betrachtet man die Frage aber auf der ana-

lytischen Ebene des Parteiensystems, seines funktionalen Zusammenspiels mit der sich parallel zur Genese der Parteien ausweitenden Staatstätigkeit sowie unter dem Gesichtspunkt der systematischen Reproduktion von Staat und Gesellschaft, dann treten die "internen" Gesichtspunkte stark in den Vordergrund. So müßte eine Analyse der Soziogenese des Parteiensystems, die die funktionale mit der systematischen Ebene verknüpft, zeigen, daß die rapide Ausbildung der Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert in engem Zusammenhang mit der Zentralisierung, der quantitativen wie qualitativen Ausweitung der Staatstätigkeit und dem Ausbau der dafür erforderlichen systematischen Informations- und Interessenberücksichtigungskapazität steht. Etzioni hat für das Letztere den Begriff der "responsiveness" eingeführt: "That which takes into account the needs of the units involved" (Etzioni, 1968, S. 670), den ich allerdings abweichend von ihm hier analytisch und nicht normativ verwenden möchte. Damit steht er in seiner Bedeutung Begriffen wie der "requisite variety" (Ashby, 1970, S. 202 ff) und auch der Verwendung von "Komplexität" bei Luhmann (1969 b, S. 314 ff) sehr nahe. Die These, die sich angesichts des historischen Materials leicht demonstrieren ließe, lautet also: die Entstehung von Parteiensystemen steht in engem Zusammenhang mit der Ausweitung der Staatstätigkeit in einer bestimmten Phase gesellschaftlicher Entwicklung; die Parteiensysteme sind von allem Anfang an Mittel dieser ausgeweiteten Staatstätigkeit, sie sind Teil des staatlichen Aktionsinstrumentariums, "ideologische Staatsapparate" (Althusser, 1973; Poulantzas, 1974) und entgegen der Auffassung der hier kritisierten Funktionshypothese sind ihre Funktionen von allem Anfang an wesentlich auch 'von oben nach unten', vom politischen Zentrum in die gesellschaftliche Reproduktion hinein gerichtet. Der von der traditionellen Parteientheorie in den Vordergrund gerückte Aspekt ihrer Vermittlungsfunktion von 'unten nach oben' soll dabei keineswegs gelehnet werden. Im Gegenteil ist seine gesellschaftliche Perzeption von ausschlaggebender Bedeutung für die erfolgreiche Funktionswahrnehmung des Parteiensystems insgesamt, insbesondere der Legitimationsfunktion, wie im weiteren noch zu zeigen sein wird. Auch Rokkan, der schon sehr früh in vergleichender Perspektive über die Soziogenese gearbeitet hat, geht bei seinen Analysen undiskutiert von der hier kritisierten a priori-Einschätzung aus, nach der Ausweitung des Wahlrechts, Parteiensystem und Massenbeteiligung Teil einer quasi-natürlichen Demokratisierung seien; immerhin weist er auf die hier interessierenden funktionalen Zusammenhänge hin: "the demands of the subjects for greater equality strengthened the claims of the centralized state and the central powerholders reinforced these same demands in order to undercut all interference from intermediary powers... industrialization would not only bring with it changes in the social structure and intensify the demands for equality of status, it would also create conflicts that would increase the need for regulation of local affairs by the central government." (Rokkan, 1961, S. 134 f). Man darf aber hinzufügen: das entstehende Parteiensystem war in der Tat geeignet, die Kontroll- und Regulationsfähigkeit des staatlichen Systems insgesamt auszuweiten; die "mobilization" der westeuropäischen Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in ihrem politischen Aspekt nicht unbedeutend gefördert durch die Funktionswahrnehmung der Parteiensysteme (Massing, 1974, S.83). Ich habe an anderer Stelle aus-

föhrlich versucht auf der Basis des vorliegenden empirischen Materials aus der Parteienforschung allgemeine Aussagen über die Funktion der Parteien und des Parteiensystems in den kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften zu machen (Greven, 1977, S. 106 - 165), sodaß ich hier nur die Ergebnisse einführe.

Die erste Funktion der Parteien ist die Transmission von Informationen und Personal zwischen den verschiedenen Sektoren der Gesellschaft, insbesondere aber zwischen öffentlicher und privater Sphäre; diese Transmission findet - historisch von allem Anfang an - in beiden Richtungen, also insbesondere auch vom staatlichen Machtzentrum ausgehend in die Gesellschaft hinein statt. Politische Entscheidungen, materielle Ressourcen-Zuweisungen wie ideologische Orientierungen werden durch die Aktionen des Parteiensystems in die Gesellschaft hineinvermittelt. Diese Transmissionsfunktion ist bisher viel zu wenig unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Steuerungs-, Kontroll- und Interventionsfähigkeit des Staatsapparates im weiteren Sinne gegenüber einer in dynamischer Wandlung befindlichen Gesellschaft analysiert worden. Alle vorstellbaren hochintegrierten Gesellschaften mit zentralisierten und monopolartigen Entscheidungszentren bedürfen einer Verlängerung und Verflechtung der Handlungsketten (Elias, 1976, Bd.2, 143ff). Der dadurch entstehende Informationsverarbeitungs- und Koordinierungsbedarf ist beträchtlich. Parteien und Verbände, deren Vermittlungsleistung in beiden Richtungen funktioniert, sind hier von entscheidender stabilisierender Bedeutung. Insofern zeigt sich, daß eine neuerlich einsetzende Korporatismusdiskussion, die auch die Parteien berücksichtigt, unter dem Gesichtspunkt einer allgemeineren Parteien- und Staatstheorie auch auf die historische Dimension hin überprüft werden müßte; zumindest latent sind die "korporativen Strukturen", und funktionalen Zusammenhänge unauflöslich mit der Soziogenese des Parteien- und Verbandssystems verknüpft. Die zweite Funktion der Parteien ist die Selektion von Themen und Personal. Auch wenn die Selektionsfunktion überwiegend als eine Qualität der Transmission verstanden werden muß - selektive Transmission - hat es sich aus analytischen Gründen als sinnvoll erwiesen, hier von einer eigenständigen Funktion auszugehen. Bei der Transmission von Interessen und Bedürfnissen in Richtung auf das staatliche Machtzentrum, also bei der Vermittlung zwischen privater und öffentlicher Sphäre der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft findet eine Selektion systematisch statt, durch die das in der Privatsphäre angesiedelte zentrale Herrschaftsverhältnis nur in 'politisierter' Form, d.h. auf der Ebene der Konkurrenz individueller und scheinbar prinzipiell gleichberechtigter Interessen und Bedürfnisse um die Ressourcen-Verteilungsentscheidungen des staatlichen Zentrums ("allocation of values", Easton, 1965, S. 47ff, als eine der zentralen Funktionen des Staates) in der öffentlichen Sphäre erscheint. Das durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse strukturell gesetzte grundlegende Herrschaftsverhältnis wird durch die selektive Transmission - das, was ich die 'Politisierung' genannt habe (Ebd., S. 179) - systematisch und notwendig auf konkurrenzhaftige Machtbeziehungen und politischen Pluralismus reduziert. Neben dieser systembedingten Selektivfunktion findet zusätzlich eine weitere Selektion durch das Parteiensystem statt, die in der Regel im Zentrum der eliten- und einflußtheoretischen Parteienforschung steht und auf die hier wegen der empirisch vorliegenden Evidenz nicht weiter eingegangen zu werden braucht. Typisch für diese Richtung ist die bekannte und einprägsame Formel: Partei - "Organization is the mobilization of bias". (Schattschneider, 1960, S. 71). Diese bis auf Ostrogorski und Michels zurückgehenden Kritiken der innerparteilichen Selektivität gehen mit ihrem eliten- oder einflußtheoretischen Ansatz immer davon aus, daß die Ebene gleichberechtigter Konkurrenz

individueller "demands" prinzipiell vorhanden und für den politischen Alltagskampf maßgeblich sei, sitzen somit der ideologischen Betrachtung, die systembedingt Ergebnis der Selektivfunktion des Parteiensystems und eines damit verbundenen Repräsentationsverständnisses ist, schon auf. Die dritte Funktion der Parteien ist schließlich ihr Beitrag zur Legitimierung der Staatstätigkeit, insbesondere der Selektivität der durch das Parteiensystem institutionalisierten Transmission zwischen Staat und Gesellschaft. Diese Legitimationsfunktion ist im großem Maße eine "Legitimation durch Verfahren" (Luhmann, 1969a) und durch die "Institutionalisierung folgenloser Beteiligung" (Streeck/Streeck, 1972), durch die der für die politische Demokratie in der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft fundamentale ideologische Eindruck entsteht, es könne in ihr über ausnahmslos alle für die Existenz von Herrschaft und Machtbeziehung zentralen Fragen abgestimmt und durch Mehrheitsentscheidungen Veränderungen herbeigeführt werden. Aufgrund der systematischen Selektion ist dies aber mit Bezug auf das kapitalistische Grundverhältnis der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit nicht möglich.

Für die weitere Argumentation bleibt also festzuhalten: die Parteiensysteme in den Demokratien der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften entstehen im Zusammenhang mit der allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Mobilisierung, die vorwiegend im 19. Jahrhundert stattfindet. Der Ausweitung der Funktionen des Staates im quantitativen wie qualitativen Sinne entspricht dabei ein wachsender Bedarf an informationellem und personellem "input" sowie eine für die Mobilisierung der Gesellschaft bis in den letzten Winkel reichende ideologische und allokativer Interventionskapazität ("output"). Die Parteiensysteme - und mit leichter zeitlicher Verschiebung und funktionaler Spezialisierung die Verbandssysteme (Zur Geschichte siehe, Stegmann, 1970, S. 32ff) - bekommen ihre politische und gesellschaftliche Bedeutung in Ausfüllung dieser funktionalen Erfordernisse der gesellschaftlichen Koordinierung, Steuerung und Integration. G. Lehmbruch hat in seiner ansich sehr verdienstvollen Darstellung der Funktion des Parteienwettbewerbs, d.h. des Parteiensystems, in der eine in der deutschen Politikwissenschaft selten gewählte funktionale Systemanalyse fruchtbar durchgehalten wird, in den historischen Teilen m.E. sehr einen Gegensatz zwischen Parteienwettbewerb einerseits und Unitarismus der staatlichen, insbesondere der Reichsorgane, andererseits betont. (1976, bes. S.43ff und für die BRD S. 91ff). Demgegenüber wäre auf die internen horizontalen wie vertikalen Interaktionen des Parteiensystems gerade als ein Instrument des Unitarismus stärker Gewicht zu legen. Die Soziogenese des Parteiensystems ist faktisch wie funktional vorwiegend "intern" im Sinne des politischen Systems und des Staates verlaufen. Sie sind keine "freien gesellschaftlichen Vereinigungen", die im 20. Jahrhundert allmählich "verstaatlicht" (Bracher, 1970, S. 274) werden, sondern sie sind von allem Anfang an "ideologische Staatsapparate" und Teil des staatlichen Funktions- und Machtzusammenhangs, der die gesellschaftliche Reproduktion reguliert. Die so häufig konstatierte, quasinatürliche demokratische und emanzipative Qualität - 'von unten nach oben' - ist in Wirklichkeit ein Aspekt ihrer Funktionswahrnehmung als Teil eines gesamtstaatlichen Regulations- und Kontrollprozesses für die Mobilisierung der Gesellschaft von 'oben nach unten'.

x x x

Nach dieser Skizze kann man aber nun wieder an die Eingangsformulierung von der "Krise des Parteiensystems" anknüpfen und feststellen: diese Krise, von vielen auch als Integrationskrise verstanden, weist als Symptom auf die

abnehmende Fähigkeit des Parteiensystems hin, gegenüber bestimmten Gruppen und Schichten und in bestimmten gesellschaftlichen Situationen, insbesondere die Legitimierung der systematischen Selektivität wirksam auszuführen. Die prozeßhafte und im Hinblick auf die Sozialpsychologie der bürgerlichen Gesellschaft quasi-natürliche, selbstverständliche Legitimierung der Selektivität des Repräsentationssystems funktioniert zunehmend weniger. Die Perzeption der "responsiveness" des politischen Systems erreicht bei bestimmten Gruppen einen kritischen Wert. Dabei ist charakteristisch für diese Gruppen - und erst hier bekommt der Prozeß seine krisenhafte Dimension -, daß die unzureichende "responsiveness" nicht nur aus einer interessenegoistischen, sondern tendenziell auch aus einer "gemeinwohl"- und systemorientierten Perspektive wahrgenommen und auch artikuliert wird. Dem liegen tiefgreifende Wandlungen der gruppen- und schichtenspezifischen Werthorizonte zugrunde (Inglehart, 1971), die ihrerseits nur aus sozialstrukturellen und sozialökonomischen Umwandlungsprozessen, von denen diese Gruppen betroffen sind, erklärt werden können.

Die Erfahrung einer gesellschaftlichen Gruppe, von dem herrschenden Parteiensystem in ihrem Interesse mangelhaft berücksichtigt werden, unterscheidet sich von dem hier ins Auge gefaßten Prozeß charakteristisch dadurch, daß er durch das Parteiensystem und mit seinen eigenen Mitteln behoben werden kann; auf diese Situation gerichtet funktioniert der Konkurrenzkampf der individuellen oder individuell-aggregierten Interessen als seine eigene Legitimation. Problematisch und auf die Stabilitätsbedingungen des Integrationsprozesses insgesamt kritisch bezogen wird die Perzeption mangelhafter "responsiveness" dann, wenn sie als unzureichende Wahrnehmung von Systemnotwendigkeiten selbst erscheint.

Diese krisenhafte Entwicklung hat ihrerseits zwei sehr relevante Dimensionen, die analytisch deutlich unterschieden werden können, während sie sich in der Praxis marginalisierter Gruppen häufig als eine Dimension darstellen. Zum einen richtet sich die Perzeption der Selektivität auf "gemeinwohl" - orientierte Problembereiche und "issues", die in der Konkurrenz um Ressourcen-Umverteilungs-Entscheidungen des staatlichen Systems gegenüber akquisitiven Interessen erfolgreicher Interessengruppen unterliegen. Dieses Problem ist auf der theoretischen Ebene in der Nachfolge von Olson (1968) und zum Beispiel auch Offe (1972) mit der vergleichsweise mangelhaften Organisations- und Konfliktfähigkeit der "gemeinwohl"-orientierten Interessen erklärt worden. Dabei ist generell unterstellt worden, daß die Interessenaggregation, durch die die 'Logik kollektiven Handelns' bestimmt wird, auf der Basis utilitaristischer Strategien und akquisitiver Werte verläuft, wodurch für "post-akquisitive" Politikziele ein dauernder und struktureller bias sich ergäbe. Diese 'Logik kollektiven Handelns' verbleibt aber insofern noch in ihren utilitaristischen und akquisitiven Wertprämissen befangen, als sie kein analytisches Konzept mehr anzubieten vermag, wenn sich die 'Logik kollektiven Handelns' bei bestimmten Gruppen auf einer veränderten, subkulturellen Wertbasis konstituiert, bei der einerseits "post-akquisitive" Wertorientierungen" und andererseits nichtutilitaristische Handlungsstrategien bestimmend sind. Genau dies ist aber der Fall, wenn Problembereiche wie zum Beispiel die ökologische Entwicklung zum handlungsbestimmenden "issue" auch von nichtbetroffenen Gruppen werden, wenn also an die Stelle der klassischen Bürgerinitiative von Anliegern einer projektierten Schnellstraße eine umfassende soziale Bewegung gegen die Wachstumsziele des politisch-ökonomischen System tritt (Beresford, 1977, dazu aber kritisch).

Die andere Dimension ist für das etablierte Parteiensystem mindestens ebenso bestandskritisch. In den sozialen Bewegungen der marginalisierten Subgesellschaften unterliegt auf der Basis der allgemeinen Wertwandlungen auch das politische Handeln einschneidender Veränderung. Diese Dimension des Wertwandels richtet sich also nicht auf die Inhalte - die Tendenz läßt sich hier mit dem Übergang von 'aquisitiven' zu 'post-aquisitiven' Werten und Handlungsmotiven angemessen konzeptualisieren, wenn auch das Phänomen selbst theoretisch unerklärt bleibt - von Politik, sondern auf die Politikformen, auf den Politikstil. Die traditionelle Politikform der bürgerlichen Gesellschaft, der sich weitgehend, wenn im Laufe der langen Anpassungen auch nicht ohne Friktionen, auch die Vertreter der organisierten Arbeiterbewegung angeschlossen haben, ist einerseits durch die schon angesprochene Sphärentrennung von 'öffentlich' und 'privat' sowie die Zuordnung des politischen Handelns zur öffentlichen Sphäre charakterisiert und andererseits durch eine damit im Zusammenhang stehende zusätzliche Selektion der potentiell politischen Handelnden durch die Errichtung selektiv wirksamer Sozialisationsprozesse im Bereich der öffentlichen und der politischen Sphäre. Eigenes politisches Handeln und die darin zum Ausdruck kommende Möglichkeit zur authentischen Wahrnehmung eigener gesellschaftlicher Interessen verlangt die Erfüllung sozialisationsmäßiger Qualifikationen, die regelmäßig nur von bestimmten Gruppen und Schichten in der bürgerlichen Gesellschaft erbracht werden können. Hinzu kommt, daß diese Qualifikationen - wie z.B. verfügbare Freizeit, Verbalisierungsvermögen, politische und gesellschaftliche Bildung (Görlitz, 1977) - nicht nur selektiv in Hinsicht auf die Beteiligung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen wirken (für die Parteien siehe den Überblick bei Armbruster/Leisner, 1975, S. 61 - 135), sondern daß die auf ihnen aufbauenden Handlungsformen von bestimmten Gruppen als "Verkürzung", "Abstrahierung", "Entfremdung" und "verdinglichte Politik" wahrgenommen werden. Während eine traditionelle Jugendsoziologie nach wie vor geneigt ist, diese Symptome als klassischen Generationskonflikt verharmlosend zu interpretieren - wo doch die Betroffenen längst selbst zur Generation der Mütter und Väter gehören -, gehen andere in die Richtung, der Jugend eine generelle Sensibilität für Integrationskrisen der gesellschaftlichen Reproduktion zu bescheinigen (Döbert/Nunnen-Winkler, 1975). Auch dies bliebe aber letztlich noch in traditionellen Bahnen gedacht und erst der Versuch, einen "neuen Sozialisationstypus" zu identifizieren, der auch politisch relevant wäre, packt das Problem in seiner ganzen Tragweite, also nicht mehr in jugendsoziologischer Beschränkung an (siehe dazu die Diskussion in der Zeitschrift Päd.ex., Nr. 1 und 7/8, 1978). Waldhubel (1979, S. 10) stellt zusammen: "Identität", 'Erfahrung', 'Lernen als erfahrende Praxis', 'Betroffenheit' (freilich mehr in einem moralischen und humanistischen Sinne denn in einem interessenegoistischen; die Studenten waren von den Bomben in Vietnam und von den Panzern in Prag "betroffen", M.G.), 'Irgendwie konkret', 'Politisierung über den Bauch', 'Sich einbringen' - dies alles sind Wertorientierungen, die im expliziten Gegensatz zu allen 'abstrakten Leitgedanken', auch denen der 'traditionellen politischen Organisationen', formuliert sind'. 'Auch und besonders' möchte man sagen. Was sich hier andeutet ist die Krise der traditionellen Politikform der bürgerlichen Gesellschaft, eine Krise der Repräsentation und des arbeitsteiligen, delegierenden, auf die bloße Aggregation und Befriedigung von Interessen gerichteten politischen Handelns also.

Und es ist natürlich auch eine Krise der Institutionen und Organisationen, die als "abstract", "distant" und "not responsive" empfunden werden (Zijderveld, 1970). Berger/Berger/Kellner konstatieren das "Unbehagen in der Modernität" (1975), das seine Ursache ebenfalls in Arbeitsteilung, Hierarchisierung, Bürokratisierung und Entfremdung besitzt. Aber angesichts der neuen Werte können Interessen nicht mehr durch die bloße autoritäre Zuweisung von materiellen Ressourcen befriedigt werden, weil schon die Aufspaltung in solche die fordern und damit mehr oder weniger erfolgreich sind und solche die zuteilen und befriedigen als unbefriedigend empfunden wird. Befriedigt kann im Zusammenhang des neuen Wertesystems ein solches Bedürfnis nur werden, wenn in den Akt der Befriedigung das eigene Handeln autonom und selbstbestimmt miteingebracht werden kann. Die neuen Werte stellen die spezialisierte Ausdifferenzierung von politischen Rollen insgesamt in Frage; was sich andeutet ist eine Krise des arbeitsteiligen Politikverständnisses und damit auch der gesellschaftlichen Aufspaltung in Privatheit und Öffentlichkeit. So stellt auch H. Klages (1975, S. 17) in einer zusammenstellenden Übersicht über potentielle "Anomie-Faktoren" in der bundesrepublikanischen Gesellschaft fest, "daß die Menschen, die sich an Bürgerinitiativen beteiligen, offensichtlich nicht mehr dazu bereit sind, den politisch administrativen Eliten den Alltag der Politik und Verwaltung zu überlassen". Allerdings stimme ich nicht, wie sich aus dem Kontext ergibt, mit der Interpretation überein, daß es sich in jedem Falle bei Bürgerinitiativen um "bürgerlich-pragmatische Selbsthilfe" (Klages, 1975, S. 30) handle; hier ist es wohl notwendig von der Gemeinsamkeit in der Organisationsweise abzuweichen und auf die vertretenen Ziele und Werte zu achten, z.B. auf den Unterschied zwischen einer Bürgerinitiative im vornehmen Hamburger Wohnviertel Harvestehude, die in ihrem Kampf gegen Büroreubauten vornehmlich der Erhaltung des Vermögenswertes des eigenen Besitzes dient und der Bewegung zur Unterstützung des Russel-Tribunals. Wird dieser Prozeß massenhaft, so konstituiert er nicht mehr nur die Außengrenzen einer Subkultur, sondern tangiert die Integrationsfähigkeit und Stabilität bestehender Herrschaft. Einer Herrschaft, die sich kraft der Selektivität des Repräsentationssystem permanent unter dem Schein unbeschränkter Partizipation und Zustimmung bequem stabilisiert und fortsetzt, die aber in allerhöchster Gefahr gerät, wenn relevante gesellschaftliche Bewegungen die Selektivität ihres Repräsentationssystem durchbrechen, die Schranke zwischen Privatheit und Öffentlichkeit niederreißen und unmittelbar und unter Mißachtung der institutionalisierten Spielregeln ihre Bedürfnisse anmelden. Wer sagt, diese Gefahr sei allenfalls hypothetisch, der hat ein schlechtes Gedächtnis oder gut funktionierende Verdrängungskräfte - wobei bekanntlich hauptsächlich Angst die Dynamik von Verdrängungsprozessen bestimmt. Er sollte sich an den Mai 1968 in Frankreich, an Berlin und einige westdeutsche Städte in diesen Tagen, an die Situation in Norditalien während der folgenden beiden Jahre, an die Straßenschlachten in Tokio erinnern. Was dort an oppositionellem, vielleicht sogar revolutionärem Potential sichtbar wurde, in Frankreich sogar die "grandeur" der organisierten Staatsmacht erzittern, fliehen und lächerlich machen konnte, ist als soziales Potential in diesen Gesellschaften nicht verschwunden, sondern weitgehend subkulturell etabliert worden. Es hat sich organisiert, seine eigenen Institutionen - Verlage, Zeitschriften, Wohngemeinschaften, Läden, Kongresse, Vereine und "Büros" - und Lebensformen geschaffen und weithin verstanden, dem Kontinuität zu verleihen. Die soziale Basis der

subkulturellen Bewegung ist heute weit größer, ausgebauter und differenzierter als sie dies vor 12 Jahren war; wer aus dem Fehlen der großen Manifestationen in den Straßen auf das Ende der Bewegung schließt und je nach politisch-gesellschaftlichem Standpunkt darüber besorgt oder befriedigt ist, der erkennt, daß für die langfristige Stabilität der herrschaftlichen Integration einer Gesellschaft nicht die großen Demonstrationen, sondern die dauerhaften Institutionen und Reproduktionsformen der Subgesellschaft die größere Gefahr sind.

x x x

Der hier verwendete Begriff der Marginalität ist gegenüber herkömmlichem Gebrauch abzugrenzen. Traditionellerweise versteht man in der Soziologie unter marginalen Gruppen solche, deren Integration in die gesellschaftlichen Schichten und Großgruppen aufgrund bestimmter konstanter (z.B. "Ausländer") oder situations- und milieubedingter (z.B. "Obdachlosigkeit") Merkmale nicht gelingt, die sich demzufolge durch eigene Merkmale ausgrenzen (siehe dazu Kögler, 1976, S. 8 - 32). Der in der bundesrepublikanischen Wohlfahrtspflege und Sozialarbeit verwendete Begriff der "Randständigkeit" enthält dabei durchaus eine wertende Komponente, die weitgehend einer sozialen Bewertung von sozialen Aussenseiterpositionen durch das unaufgeklärte gesellschaftliche Bewußtsein analog ist. Schließlich ist auf die besondere Relevanz der sozialökonomischen und einkommensmäßigen Indikatoren für "Randständigkeit" hinzuweisen; materielle Sicherheit durch ein geregeltes und entsprechend hohes Einkommen erweist sich als der Kern des Syndroms, vermittelt dessen "soziale Sicherheit" bzw. deren Gegensatz gesellschaftlich wahrgenommen und in den Programmen der öffentlichen Wohlfahrtspflege konzeptualisiert wird (Kaufmann, 1970). Bezeichnend für die ideologische Integrationsfähigkeit der herrschenden effizienzorientierten Leistungsethik ist dabei, daß auch die "Randgruppen" selbst sich über dieses Verständnis von Marginalität definieren und ihre Identität ausbilden.

Ohne hier weiter darauf eingehen zu können, möchte ich das in dieser Weise angesprochene Problem mit dem Begriff der traditionellen Marginalität bezeichnen.

Mir geht es aber um eine neue Marginalität, die ein Aspekt und ein Indikator gesamtgesellschaftlicher Wandlungsprozesse ist. Im Unterschied zur traditionellen Marginalität wird in dem Bereich, den ich als neue Marginalität kennzeichnen möchte, die eigene Unterschiedenheit zu den Werten, Normen, den Verhaltensmustern und der Lebensweise der übrigen Gesellschaft nicht als defizient empfunden. Er dient auch nicht - wie wir dies z.B. aus den Lebensbedingungen von Ausländergruppen kennen - der defensiven Überlebensstrategie in einer fremden Gesellschaft, in der die Abgrenzung häufig als funktional-äquivalent zur nicht gelingenden Integration angesehen wird, sondern die neue Marginalität ist gekennzeichnet durch ein offensives Vertreten und Praktizieren der eigenen subkulturellen Besonderheiten, deren tendenziell gesamtgesellschaftlicher Anspruch sich völlig von dem Minderheitenbewußtsein, das Bestandteil der traditionellen Marginalität ist, unterscheidet. Auf diesen Punkt weist auch Klages (1975, S.131) hin, wenn er über das "Anomie- und Unruhepotential der utopisch-idealistisch Engagierten" feststellt: "Sie sind nicht wie die anderen Typen, die wir bisher verhandelt haben, darauf aus, ihr Dissonanzgefühl abzubauen, sondern bemühen sich umgekehrt, es zu stabilisieren...". Problematisch erscheint mir aber die Tendenz bei Klages, das "Unruhe- und Anomiepotential" auf psychologisch

bestimmte Aktionstypen zu reduzieren; auf diese Art werden zwar Handlungsformen und Einstellungsfixierungen des Bereichs der neuen Marginalität zum Teil recht zutreffend erfaßt und klassifiziert, die Strukturwandlungen der gesellschaftlichen Reproduktion, die materiell deren Existenz überhaupt erst konstituieren, treten aber als Ursache zu stark in den Hintergrund. Schließlich ist kennzeichnend für die neue Marginalität, daß sie sich nicht zureichend durch negative Abgrenzungen, insbesondere nicht durch das Merkmal "nicht in den ökonomischen Prozeß integriert - Arbeitslosigkeit" definieren läßt, sondern daß sich in ihr tendenziell eigenständige Reproduktionsformen, die von einem bewußten und programmatischen Vermeiden von dauerhaften Lohnarbeitsverhältnissen ausgehen, bilden. Diese Reproduktionsweisen - und deshalb ist der Plural hier recht angemessen - sind kaum auf einen einheitlichen positiven Nenner zu bringen; sie reichen von einer systematischen Ausnutzung des wohlfahrtsstaatlichen Förderungs- und Bezuschussungswesens bis hin zum Aufbau von produzierenden und tendenziell selbstversorgerischen Landsiedlungen; letzteres hat in den USA beachtliche Ausmaße angenommen. Der Verkauf von Kunstgewerbe als fliegende Händler und schließlich die Reproduktion über durchaus qualifizierte aber unkontinuierliche Projektarbeit sind Beispiele. Wichtig und gemeinsam für die neue Marginalität ist, daß diese Tätigkeiten in aller Regel nicht als Durchgangsstufe zu einer "bürgerlichen Existenz" verstanden werden und daß ihnen gemeinsam die Vermeidung von festen Lohnarbeitsverhältnissen ist. Es muß davon ausgegangen werden, daß die Lebensverhältnisse der neuen Marginalität mit ihrem veränderten Wert- und Normensystem nicht ohne Auswirkung auf die längerfristige Gesellschaftsentwicklung bleiben werden. "Es handelt sich hierbei um Veränderungen von fundamentaler Bedeutung im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des Sozialsystems, denn veränderte Sozialisierungswerte und -haltungen wirken über die jetzt nachwachsenden Gesellschaftsglieder im Sinne der Forcierung längerfristiger Wandlungsbewegungen unserer Kultur und Gesellschaft fort". (Kmieciak, 1976, S. 315) Es kann hier nicht das ganze Ausmaß dieses "Wertwandels" in der bundesrepublikanischen Gesellschaft dargestellt werden und es steht hier auch nicht in Frage. Von Bedeutung ist nur jener Ausschnitt, der im Bereich der politischen Sozialisation im engeren Sinne und für die einstellungsmäßigen Voraussetzungen politischen Handelns und insbesondere für das Verhältnis gegenüber dem Parteiensystem relevant erscheint. Die zusammenhängenden Interpretationen der vorliegenden empirischen Ergebnisse über die Wandlungen vor Wertstrukturen (Kmieciak, 1976, passim) zeigen dabei die hier behauptete Relevanz für das politische System im weiteren Sinne und die politischen Parteien im besonderen Maße eindrucksvoll.

Über den traditionellen Generationskonflikt geht der konstatierbare Schnitt durch die Gesellschaft dabei deshalb hinaus, weil sich bei der Untersuchung von Einstellungs- und Wertmustern der jüngeren Generation zeigt, daß die früher immer vorhandenen Aspirationen auf Integration, auf Karriere und Fortkommen in der "Erwachsenengesellschaft" stets als die komplementäre Komponente zu dem dann berechtigterweise als "jugendhaftem" Protest gewerteten oppositionellen Syndrom vorhanden waren (siehe z.B. v. Friedeburg, 1966). Der "jugendliche" Protest und die in gewissem Maße daraus folgende Marginalität erweist sich also als Teil der traditionellen Marginalität, deren Bedeutung für gesellschaftlichen Wandel gering ist. Die neue Marginalität hingegen definiert sich schon heute durch eine spezifische Lebensweise auf der Basis relativ stabiler Wert- und Einstellungsstrukturen, die Integration im traditionellen Sinne verunmöglichen, oder zumindest für einen bedeutenden Teil unwahrscheinlich machen.

X X X

Nun wäre es angesichts historischer Erfahrungen wie theoretischer Erkenntnisse unzureichend, gesellschaftlichen Wandel auf die Veränderung von Wert- und Einstellungsmustern bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zurückzuführen, ohne darüberhinaus zu fragen, welche Veränderungen der sozialökonomischen Strukturen diesen Einstellungs- und Wertveränderungen ihrerseits zugrundeliegen. Auch der wahrgenommene Funktionswandel des politischen Systems trägt, wie am Beispiel des Parteiensystems bereits erläutert, zu verhaltensrelevanten Änderungen bei.

Ich glaube, daß hier von besonderer Bedeutung der Zusammenhang ist, der zwischen der quantitativ erheblichen Ausweitung des Anteils der jüngeren Generation, der weiterführende Bildungsgänge durchläuft, den veränderten Arbeitsmarktbedingungen für diese Gruppen sowie schließlich den Reaktionsweisen des staatlichen Herrschaftsapparates - als solcher wird er zumindest innerhalb der neuen Marginalität durchweg rezipiert - auf die offensive Nichtintegration der neuen Marginalität besteht.

Ohne daß hier eine Darstellung im Einzelnen erfolgen muß, dürfte unbestritten sein, daß die quantitative wie qualitative Expansion des bundesrepublikanischen Bildungssystems seit etwa Mitte der sechziger Jahre erhebliche Bedeutung für die gesamte Reproduktion der Gesellschaft wie für die betroffenen Gruppen gehabt hat. Die Zusammenhänge sind recht kompliziert; hier ist bedeutsam, daß mit ihr eine Veränderung der prestigemäßigen und faktischen gesellschaftlichen Einstufung von Absolventen höherer Bildungsgänge einhergeht. Man kann vielleicht dahingehend pointieren, daß man sagt: höhere Bildung funktioniert nicht mehr wie in früherem Maße als Medium gesellschaftlichen Aufstiegs und gesellschaftlicher Statuszuweisung; dies gilt insbesondere auch in einkommensmäßiger Hinsicht. Die Bundesrepublik holt damit nur durch die besonderen Umstände ihrer Geschichte verzögerte gesellschaftliche Anpassungsprozesse an veränderte technologische und informationelle Produktionsvoraussetzungen nach, die in anderen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften kontinuierlicher und früher vollzogen wurden. Zugrunde liegen Veränderungen des gesellschaftlichen Bedarfs an hochqualifizierter, zum Teil erheblich spezialisierter Arbeitskraft in qualitativer wie quantitativer Hinsicht, die sich auf die Bildungsinhalte auswirken. Bedeutsam ist, daß für jene Generation die seit Mitte der sechziger Jahre in den Sog gezogen wurde, der durch die ausgeweitete Angebot an Bildungsgängen entstand, eine mittelschichtenspezifische Einstellungen zur traditionellen Bildung unterstellt werden darf (Habermas u.a., 1961; von Friedeburg u.a., 1968, S. 197 - 237) die sich ja auch in der Vergangenheit als realistisch erwiesen hatte; kurz: gesellschaftlicher Aufstieg und soziale Sicherheit durch höhere Bildung. Besonders deutlich war dies bei den für die quantitative Ausweitung der Studentenzahlen ja bedeutsamen Zahl der überproportional anwachsenden Lehramtsstudenten. Der Eintritt in die Universität oder die Pädagogische Hochschule wurde im klaren Bewußtsein unternommen, damit den ersten Schritt auf ein quasi unaufhaltsames Förderband getan zu haben, das einen geradewegs über die beiden Staatsexamen und den Vorbereitungsdienst zu der Sicherheit nach A12/A13, also auf Lebenszeit, beförderte. Das Ideal war, mit 27 - 30 Jahren "ausgesorgt" zu haben und zwar auf einer Position, die vom Einkommen wie vom sozialen Status her als befriedigend empfunden werden konnte.

Auf dieses mittelständisch orientierte Aufstiegsbewußtsein mußte die Erkenntnis und Erfahrung der Veränderungen des Systems gesellschaftlicher Statuszuweisung und die Wahrnehmung einer Arbeitsplatzunsicherheit wie ein Schock wirken. Dieser Schock hat insofern identitätsstörende und individualpsychologische Dimensionen, als gemäß der traditionellen mittelständischen Leistungsethik - auf deren gesellschaftsstabilisierende Funktion hier nicht weiter eingegangen werden braucht - ein enger Zusammenhang zwischen eigener

Leistungsbewertung (Selbsteinschätzung) und der Wahrnehmung gesellschaftlicher Gerechtigkeit besteht.

Das Verhalten kann sich in Reaktion auf diese Wahrnehmung entweder in resignativer oder zynischer Anpassung stabilisieren oder aber eine radikale Abkehr von der traditionellen Leistungsethik vollziehen. Ersteres ist langfristig politisch gefährlich, weil sich in der resignativen Anpassung aufgrund der wahrgenommenen vermeintlichen Unterwertbehandlung durch die Gesellschaft ein aggressives Potential latent erhält, dessen politische Manifestation in der Vergangenheit zur Unterstützung faschistischer Bewegung beigetragen hat (Reich, 1933 und mit anderem theoretischen Hintergrund Adorno, u.a. 1969, bes.S. 222ff und 603ff). Letzteres scheint aus den Langzeituntersuchungen politischer Einstellungen in der Bundesrepublik am ehesten ablesbar. Kmieciak (1976, S. 273 und 448), der im allgemeinen sehr vorsichtig interpretiert, sagt, daß "der Zerfall des bürgerlich-klassischen Leistungsbewertungssystems abgelesen werden" könne, und auch Klages (1975, S. 142) kommt zu dem Schluß, "daß in den modernen westlich - demokratischen Industriegesellschaften ein verhältnismäßig großes Anomie- und Unruhepotential besteht, das sich daraus ergibt, daß ein beträchtlich großer Teil der Bevölkerung denjenigen leistungsorientierten Identitätstyp, der sich dem 'modernen' Menschen annähert und persönlichkeitsdynamisches Gleichgewicht garantiert, nicht verwirklichen kann". Auf der Basis einer kollektiven Neudefinition des Wertsystems braucht aber die Frustration der mittelständischen Erfolgsaspirationen nicht als Niederlage empfunden zu werden, sondern kann in Verbindung mit stabilisierten Reproduktionsmöglichkeiten eine neue subgesellschaftliche Identität ausbilden.

Ergänzen sich also Prozesse der sozialpsychologischen Reaktion auf veränderte gesellschaftliche Lebenslagen und Prozesse der Umstrukturierung des gesellschaftlichen Statussystems als Folge veränderter Anforderungen der Produktionssphäre, so bekommt dieser einmal in Gang befindliche Sozialprozeß eine zusätzliche Dynamik und Verstärkung durch die Art und Weise, wie die herrschende Gesellschaft auf die wahrnehmbare Identität von Minderheiten und Subgesellschaften reagiert.

Im Bereich politischer Wertungen zeigt die vergleichende Untersuchung, daß der angesprochene Wertwandel mit einer deutlichen Aufgeschlossenheit gegenüber sozialistischen Werten einhergeht (Allerbeck, 1976, S.57). Freilich einem Sozialismusverständnis, in dem weniger eine Identifikation mit spezifischen Modellen oder theoretischen Leitbildern zum Ausdruck kommt, als vielmehr eine subjektiv als radikal empfundene Abneigung und Ablehnung gegenüber der eigenen kapitalistischen Gesellschaft. Berger/Berger/Kellner (1975, S.169) sprechen recht zutreffend von dem, "was man die 'linke Stimmung' unter den heutigen Intellektuellen in Westeuropa und Nordamerika nennen kann". Daneben gewinnen "Politikbezogene Sachverhalte...eine erheblich höhere alltagsituationenbetreffende und sozialkommunikative Verhaltensrelevanz" (Kmieciak, 1966, S.431). Daß diese einhergeht mit einer sich verstärkenden Ablehnung des traditionellen Politikstils und der durch ihn geprägten Institutionen und Organisationen ist aus der Soziogenese dieses Einstellungsmusters unmittelbar plausibel, weil aufgrund der erläuterten Funktionsmechanismen, etwa des Parteiensystems, die übliche Politik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die auf Interessenaggregation, Repräsentation und Befriedigung von akquisitiven Werten vordringlich beruht, nur als "entfremdet" und "entfremdend" empfunden werden kann. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß empirische Untersuchungen ergeben: "Die Bereitschaft zu Protestaktionen, insbesondere solchen, welche sich nicht - konventioneller und umstrittener Techniken bedienen, ist unter den jüngeren

Befragten weitaus höher als unter den älteren Befragten". (Allerbeck, 1976, S.58; siehe auch Klingemann/Pappi, 1972). Diese Kombination von allgemeinsozialistischer Orientierung - die vielleicht präziser noch als bloß negativ gegen die bestehende kapitalistische Leistungsethik und Verteilungsmoral gerichtet interpretiert würde - und praktischer Kritik des "bürgerlichen Politikstils", die sich in den vielen Bestandteilen der subgesellschaftlichen Bewegung, zum Beispiel in bestimmten Bürgerinitiativen und politischen Organisationen zeigt, provoziert die Repräsentanten der "offiziellen Gesellschaft" zu oft hysterischen Abwehrreaktionen. Nicht nur, daß in diesen eine angesichts der faktischen Stabilität bürgerlicher Herrschaft im allgemeinen und bundesrepublikanischer Gesellschaft im besonderen besorgniserregende und erstaunliche Unsicherheit aufscheint, sondern auch, daß durch diese Reaktionsweisen identitätsbildende Prozesse der Subgesellschaft noch verstärkt werden, macht die besondere Qualität dieser Entwicklung gegenüber früheren vergleichbaren Phasen gesellschaftlichen Protests aus. So ist zum Beispiel für jeden Kenner der subgesellschaftlichen Szene klar, wie gering die faktische Identifizierung mit der terroristischen Strategie der RAF und ihren Nachfolgeorganisationen war und ist; andererseits verstärken die kontinuierlichen Überreaktionen des politischen Establishments erheblich die subgesellschaftliche Identitätsbildung. Insbesondere die Wahrnehmbarkeit der korporatistisch allesumfassenden Koalition des politischen Establishments, in der z.B. die ansonsten gehegten und gepflegten Alltagskonflikte des politischen und gesellschaftlichen Systems gegenüber einer "verordneten Staatstrauer" anstandslos zurücktreten, während die Repräsentanten des Systems in der Trauer um die Repräsentanten des Systems die Mystifikation gesellschaftlicher und nationaler Einheit zelebrieren, um am draufolgenden Tage anstandslos zum politischen Alltagskonflikt zurückzukehren, in dem der politisch gebildete Bürger die demokratische Offenheit und Pluralität des grundgesetzlichen Freiheitsraums zu erblicken pflegt, führt auf Seiten derer, die zwar zur Betroffenheit aber nicht zur Trauer in der Lage sind, zur identitätsbildenden Wahrnehmung der eigenen Ausgeschlossenheit. In solchen Momenten höchster kollektiver Emotionalität werden auch die wertmässigen "cleavages" und Abgründe des gesellschaftlichen Wertsystems am unmittelbarsten sichtbar. Hier entsteht die sozialpsychologische Triebkraft "innerstaatlicher Feinderklärungen" (Brückner/Krovoza, schon 1972), aufgrund deren sich ganze Gruppen, und eigentlich nicht die "Bürger", als "Sicherheitsrisiko" (Narr, 1977b) verfolgt und bedroht empfinden, was wiederum die Prozesse ihrer subgesellschaftlichen Integration und Identitätsbildung unterstützt. Diese Integration und Identitätsbildung geht inzwischen, um es abschliessend nochmals zu sagen, soweit, daß selbst die Repräsentanten des offiziellen politischen Systems, der "ersten Gesellschaft", von der Existenz einer "zweiten Gesellschaft" bzw. "zweiten Kultur" ausgehen (so Peter Glotz, zit. bei Kallscheuer, 1978, S.143). Auch Kallscheuer spricht von der identitätsstiftenden und stabilisierenden Wirkung, die die staatlichen repressiven Reaktionen auf die Manifestationen der "zweiten Kultur" haben, weist aber zugleich auf deren Heterogenität hin, durch die eine konzentrierte, im traditionellen Sinne revolutionäre Bewegung zur Überwindung bürgerlicher Gesellschaft kaum möglich werden kann, sondern aufgrund deren vielmehr dem sich immer weiter zentralisierenden Herrschafts- und Repressionsapparat der "ersten Gesellschaft" zunehmend nur "Inseln des Widerstands" und "ein Mosaik von Ghettos 'scenes' oder 'Stämmen'" (Ebd., S.148) in strategischer Handlungsunfähigkeit als bloße alternative Refugien für Sozialisten und Antikapitalisten gegenüberstünden. Die neue Marginalität, erfährt also auch durch

die Reaktionsweisen des politischen Establishments eine zusätzliche Bestärkung.

× × ×

Der Versuch, auf recht begrenztem Raum den sehr unterschiedlichen Aspekten eines sozialen Wandlungsprozesses der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nachzuspüren, muß notgedrungen recht skizzenhaft verbleiben. Dies insbesondere auch, weil ein großer Teil des zur Verfügung stehenden empirischen Materials, das potentiell auch über die hier interessierenden Fragen Auskunft geben könnte, unter Prämissen erhoben wurde, die seine Auswertung unfruchtbar machen. Über viele Aspekte liegen gar keine Untersuchungen vor oder sie sind von der Natur der Sache her der herkömmlichen Einstellungs- und Meinungsforschung überhaupt unzugänglich; etwa weil die zu Befragenden angesichts des zum Teil bedrohlichen Klimas meinungsmäßiger Unfreiheit Angst oder Desinteresse gegenüber dem Abfragen ihrer Einstellungen naturgemäß an den Tag legen würden.

Was deutlich gemacht werden sollte, dürfte aber bei aufmerksamer und sensibler Wahrnehmung der gesellschaftlichen Atmosphäre kaum übersehbar sein. Die weithin konstatierte "Legitimationskrise des Parteiensystems" entsteht auch deshalb - sie hat andere Aspekte, die hier gar nicht behandelt wurden - weil ein Teil der Gesellschaft sich durch das Angebot einer repräsentativen Interessenwahrnehmung nicht mehr integrieren läßt. Die Selektivität, die durch den arbeitsteiligen Repräsentationsstil der bürgerlichen Politik notwendig institutionalisiert wird, wird von dieser Gruppe wahrgenommen und in der Praxis kritisiert und unterlaufen. Die neuartige post-aquisitive Wert- und Leistungsethik verlangt die autonome und selbständige Interessenwahrnehmung und Partizipation, weit über das Maß hinaus, das die herrschaftlichen Politikinstitutionen der bürgerlichen Gesellschaft zu ertragen fähig sind. Die Reaktionsweisen des politisch-gesellschaftlichen Establishments verstärken die Eigenintegration der subkulturellen Gruppen. Tendenziell teilt sich die Gesellschaft in zwei, in dem Maße, in dem die subgesellschaftlichen Einzelbereiche zur überregionalen Integration in der Lage sind und es ihnen gelingt, ihre ökonomische Reproduktion dauerhaft auf einer Basis jenseits der kapitalistischen Leistungsethik zu stabilisieren. Genau an dieser Stelle aber dürfte der momentan utopische Kern der subkulturellen Bewegung deutlich werden; ihre augenblickliche Existenz ist nur auf dem ökonomischen Hintergrund der Verteilungsproportionalitäten der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften vorstellbar. Ein der Leistungsethik der neuen Marginalität entsprechendes Produktionsmodell, das bei der Versorgung einer ganzen Gesellschaft vergleichbar effizient wäre, ist noch nicht in Sicht.

Adorno, Th. W. u. a. (1969), *The Authoritarian Personality*, New York

Allerbeck, K. R. (1976), *Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik. Sekundäranalyse von Umfragedaten 1953 - 1974*, Opladen

Almond, G./Coleman, J. S. (1960), *The Politics of Developing Areas*, Princeton

Althusser, L. (1973), *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, in: Ders., *Marxismus und Ideologie*, Westberlin, S. 111 - 172

Armbruster, B./Leisner, R. (1975), *Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik*, Göttingen

Ashby, W. R. (1970), *An Introduction to Cybernetics*, London

- Beresford, M. (1977), Domsayers and Eco-nuts: a critique of the Ecology Movement, in: Politics, 12,1, S. 98 - 106
- Berger, L.P./Berger, B./Kellner, H. (1975), Das Unbehagen in der Modernität, Frankfurt/New York
- Bracher, K.D. (1970), Das Bonner Parteiensystem, in: Ders., Nach 25 Jahren München, S. 254 - 276
- Brückner, P./Krovoza, A. (1972), Staatsfeinde. Innerstaatliche Feinderklärung in der Bundesrepublik, Berlin
- Daalder, H. (1966), Parties, Elites and Political Developments in Western Europe, in: J.LaPalombara/M. Weiner (Hg.), Political Parties and Political Development, Princeton, S. 43 - 77
- Dittberner, J./Ebbighausen, R. (Hg.) (1973), Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen
- Döbert, R./Nunner-Winkler, G. (1975), Adoleszenzkrise und Identitätsbildung. Physische und soziale Aspekte des Jugendalters in modernen Gesellschaften, Frankfurt am Main
- Duverger, M. (1959), Die politischen Parteien, Tübingen
- Easton, D. (1965), A Framework for Political Analysis, Englewood Cliffs
- Elias, N. (1976), Der Prozeß der Zivilisation, 2 Bde., Frankfurt am Main
- Etzioni, A. (1968), The Active Society, London/New York
- Friedeburg, L.v. (Hg.) (1966), Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln/Berlin, 3. Aufl.
- Friedeburg, L.v. u.a. (1968), Freie Universität und politisches Potential der Studenten, Neuwied und Berlin
- Görlitz, A. (1977), Politische Sozialisationsforschung, Stuttgart
- Greven, M.Th. (1977), Parteien und politische Herrschaft, Meisenheim am Glan
- Habermas, J. u.a. (1961), Student und Politik, Neuwied und Berlin
- Hollstein, W. (1970), Der Untergrund. Zur Soziologie jugendlicher Protestbewegung, Neuwied, 2. Aufl.
- Inglehart, R. (1971), The Silent Revolution in Europe, in: American Political Science Review, 65, S. 991 - 1017
- Kaack, H. (1971), Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen
- Kallscheuer, O. (1978), Mescaleros und andere. Schwierigkeiten einer "politischen Kultur" von Sozialisten in der Bundesrepublik, in: Probleme des Klassenkampfes, 30, S. 142 - 158
- Kaufmann, F.X. (1970), Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, Stuttgart
- Klages, H. (1975), Die unruhige Gesellschaft. Untersuchungen über Grenzen und Probleme sozialer Stabilität, München
- Klingemann, H.D./Pappi, F.U. (1972), Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, München

- Kmiecziak, P. (1976), Wertstruktur und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen
- Kögler, A. (1976), Die Entwicklung von "Randgruppen" in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen
- Lehmbruch, G. (1976), Parteienwettbewerb im Bundesstaat, Stuttgart
- Leibholz, G. (1975), Strukturprobleme der modernen Demokratie, Kronberg/Ts.
- Luhmann, N. (1969a), Legitimation durch Verfahren, Darmstadt/Neuwied
- Luhmann, N. (1969b), Komplexität und Demokratie, in: Politische Vierteljahresschrift, S. 314 - 325
- Massing, O. (1974), Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses, in: Ders., Politische Soziologie Frankfurt a.M. S.76-122
- Michels, R. (1925), Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig, 2. vermehrte Aufl.
- Namier, L.B. (1952), Monarchy and the Party System, Oxford
- Narr, W.D. (Hg.) (1977a), Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen
- Narr, W.D. (Hg.) (1977b), Wir Bürger als Sicherheitsrisiko, Reinbek bei Hamburg
- Offe, C. (1972), Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt am Main
- Olson, M. (1968), Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen
- Ostrogorski, M. (1902), Democracy and the Organization of Political Parties, London
- Pamper, G.M. (1977), The Decline of Partisan Politics, in: Sage Electoral Studies Yearbook, 3, S. 13 - 38
- Poulantzas, N. (1974), Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt am Main
- Reich, W. (1933), Massenpsychologie des Faschismus, o.O.
- Rokkan, St. (1961), Mass Suffrage, Secret Voting and Political Participation, in: Europäisches Archiv für Soziologie, Bd.2, S.132-152
- Rose, R. (1976), The Problem of Party Government, Harmondsworth
- Sartori, G. (1976), Parties and Party Systems, Bd.1, Cambridge
- Schattschneider, E.E. (1960), The Semi - Sovereign People, New York
- Schwendter, R. (1973), Theorie der Subkultur, Köln
- Stegmann, D. (1970), Die Erben Bismarcks, Köln/Berlin
- Streeck, S./Streeck, W. (1972), Parteiensystem und Status quo, Frankfurt am Main
- Waldhubel, Th. (1979), Sponti-Bewegung: Flucht in den Alltag?, in: Das Argument, 113, S. 8 - 20
- Zijderveld, A. (1970), The Abstract Society, New York